

Wirtschaftsdialog in Mülheim



Bild: Ferdinand Wolf

Christian Lindner (3.v.l.) machte in der Podiumsdiskussion die liberalen Positionen für das deutsche Handwerk deutlich

Ende Mai trafen sich die Liberalen mit den Vertretern des deutschen Handwerks zu einer Diskussionsrunde. Mehr als 350 interessierte Besucherinnen und Besucher verfolgten den Austausch in der neuen Eventhalle DOCK ONE im Mülheimer Hafen.

Die Begrüßung erfolgte durch den Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Handwerk der FDP-Bundestagsfraktion, Jörg von Polheim, MdB. Selbst Bäckermeister, weiß von Polheim nur zu gut um die zahlreichen Probleme, mit denen das deutsche Handwerk derzeit zu kämpfen hat. Diese Situation wesentlich zu verbessern, erklärte er, sei der FDP eine „Herzensangelegenheit“.

Anschließend blickte Rainer Brüderle mit seiner Impulsrede zum Thema „Wirtschaftsfaktor Handwerk“ auf die schwarz-gelben Erfolge in den vergangenen vier Jahren zurück. Er erteilte den Steuererhöhungsplänen von Rot-Grün eine klare Absage und machte

deutlich, warum das Handwerk neben dem Mittelstand das Herzstück von Deutschlands Wirtschaftsmotor ist. Dennoch wies er nachdrücklich darauf hin, dass man die wirtschaftlich schnell wachsenden Länder China, Russland, Indien und Brasilien nicht aus den Augen verlieren darf.

Damit es auch zukünftig in Europa weiter vorgehe, brauche es klare und sichere Rahmenbedingungen. Die Geldwertstabilität sei eine solche: „Ohne verlässliche Größen zum Rechnen kann man nicht wirtschaften. Die soziale Marktwirtschaft braucht stabile Preise“. Mit Blick auf die europäischen Nachbarländer sagte Brüderle: „Der Mittelstand ist der wesentliche Faktor für die Stabilität einer Volkswirtschaft. Wir müssen den schwächeren Ländern in Europa helfen, besser zu werden, und nicht den Stärksten, zur Zeit die Deutschen, schwächen.“ Dafür bekam Rainer Brüderle einen anhaltenden Applaus.

Fortsetzung auf Seite 3



Bild: André Nattermann

Liebe Leserinnen und Leser,

„Et hätt noch immer jot jejangel!“ Mit diesem Sinnspruch versucht sich der Kölner seit jeher, über alle betäublichen Situationen hinwegzutrusten, so aussichtslos sie auch immer sein mögen. Betrachtet man beispielsweise den aktuellen rot-grünen Regulierungswahn im Land mit dem Rauchverbot und dessen gravierenden Auswirkungen auf die gesamte Gastronomie, fällt es schon schwer, da noch einen glücklichen Ausgang zu erwarten. Kommt dann auch noch Oberbürgermeister Roters mit seinen rigiden Verbotsplänen zum Thema Alkohol hinzu, kann man für ein weltoffenes und lebenswertes Köln eigentlich nur noch schwarz sehen, denn „wat fott es, es fott“...

Eine Begegnung der besonderen Art war für mich das Gespräch mit unserem gut aufgelegten Spitzenkandidaten Rainer Brüderle am Rande des Wirtschaftsdialogs in Mülheim (Seite 6). Mit seinem Bekenntnis zu Deutschland und seiner Perspektive für Europa werden wir Liberalen im anstehenden Bundestagswahlkampf eine klare Position beziehen und dem Steuerwahnsinn von Trittin und Steinbrück Paroli bieten. Auch über den kurzfristig möglich gewordenen Beitrag von Guido Westerwelle habe ich mich sehr gefreut. Dass der Minister des Äusseren persönlich für die KölnLiberal schreibt, erlebt man ja auch nicht alle Tage (Seite 2).

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und uns allen einen erfolgreichen Wahlkampf, damit die Fahne der Freiheit auch zukünftig sichtbar den Weg weist.

Mit liberalen Grüßen

Stephan Wieneritsch
Chefredakteur

Beitrag von Dr. Guido Westerwelle
Die Ergebnisse der Köln Konferenz
Aktuelles vom Wahlteam
Interview mit Rainer Brüderle

S. 2
S. 4
S. 5
S. 6

Lagebericht des Kreisvorsitzenden
Was ist eigentlich Fundraising?
50 Jahre Städtepartnerschaft Köln-Kyoto
Kölner Liberale – Meldungen und Infos

S. 8
S. 9
S. 10
S. 11



Liebe Leserinnen und Leser von KölnLiberal,

in der Welt vollziehen sich fundamentale Veränderungen: Technologische Innovationen und neue Medien verdichten Zeit und Raum, sie verändern das gesellschaftliche Zusammenleben. Wurde Globalisierung früher hauptsächlich unter wirtschaftlichen Aspekten betrachtet, so ist heute klar: Es sind insbesondere die kommunikative Revolution und der Austausch von Ideen und Werten, die Globalisierung für jeden Einzelnen spürbar werden lassen.

Diese Umbrüche stellen auch alte Gewissheiten der internationalen Politik in Frage: Die Welt wird unübersichtlicher und zunehmend multipolar. Angesichts dieser Herausforderungen muss es Ziel unserer Außenpolitik sein, die grundlegende Werteorientierung unserer Gesellschaft zu wahren und zugleich unseren Interessen unter den neuen Bedingungen Rechnung zu tragen. Das bedeutet: Deutsche Außenpolitik muss netzwerkorientiert sein und handeln. Dies ist kein Bruch mit Bewährtem, sondern die logische Fortentwicklung unserer Außenpolitik unter neuen Bedingungen.

Unser Wertefundament ist und bleibt fest verankert in den letzten sechs Jahrzehnten deutscher Außenpolitik – schon die Präambel des Grundgesetzes hat uns explizit aufgegeben, „in einem geeinten Europa dem Frieden in der Welt zu dienen“. Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik. Konfliktprävention spielt dabei eine immer entscheidendere Rolle, denn Konfliktlinien verlaufen heute zunehmend innerhalb von Gesellschaften, nicht zwischen Staaten. Die beste Friedenspolitik ist die Entschärfung von Konfliktsituationen vor ihrer krisenhaften Zuspitzung. Deshalb engagiert sich Deutschland in internationalen Organisationen für eine stabile internationale Ordnung, setzt sich als

Vermittler für friedliche Konfliktlösung ein und unterstützt die Transformation in vielen Ländern Asiens und Afrikas, die sich auf den Weg der Demokratisierung begeben haben. Auch die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU gewinnt dabei zunehmend an Bedeutung.

Für Deutschland ist Europa mehr als ein wirtschaftliches Projekt. Das geeinte Europa ist eine Kultur- und Schicksalsgemeinschaft, deren Fundament die Werte der Aufklärung sind: die unveräußerliche Würde jedes Menschen, die Freiheit des Einzelnen, Rechtsstaatlichkeit und die Teilhabe aller an der Demokratie. Blicken wir in die Vergangenheit, so ist Europa das erfolgreichste Friedensprojekt des 20. Jahrhunderts. Schauen wir in die Gegenwart und Zukunft, so ist Europa unsere Antwort auf die Globalisierung.

Nur in einem geeinten Europa wird es uns gelingen, unsere Werte und Interessen in der Welt zu vertreten. Deshalb ist mehr und ein besseres Europa unser Ziel, nicht weniger. Denn nur ein stabiles und wettbewerbsfähiges Europa wird in der Welt Gehör finden. Während der Anteil Europas an der Weltbevölkerung schrumpft, entstehen in Asien, Lateinamerika und Afrika neue Kraftzentren. Diese wirtschaftlich auf-

strebenden Staaten nehmen eine bedeutendere Rolle ein, als der sie bezeichnende Begriff „Schwellenländer“ suggeriert. Sie erheben zurecht einen stärkeren Gestaltungsanspruch in der internationalen Politik.

Deutschland setzt sich für eine regelgeleitete Globalisierung ein. Doch dieses Ziel können wir nur mit starken Partnern erreichen. Deshalb pflegen wir nicht nur alte Freundschaften, sondern bauen neue Partnerschaften mit aufstrebenden Gestaltungsmächten aus. In einem umfassenden Ansatz wollen wir Kulturen und Gesellschaften ebenso zusammen bringen wie Wirtschaft und Politik. Kommunikation spielt dabei eine zentrale Rolle: Durch den Einsatz traditioneller und neuer Medien und die Instrumente der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik fördern wir den Dialog. Auf diese Weise erreichen wir Menschen direkt, werben um Vertrauen und knüpfen nachhaltige Netzwerke. Denn Lösungsansätze für die grenzüberschreitenden Herausforderungen des 21. Jahrhunderts werden wir nur durch Austausch und Dialog mit alten Freundschaften und neuen Partnern finden.



Liberalen in Mülheim (v.l.n.r.): Jörg von Polheim, Hans H. Stein, Rainer Brüderle und Stephan Wieneritsch



Christian Lindner und Otto Kentzler im Gespräch



Wie immer gut gelaunt: Ratsfraktionschef Ralph Sterck (r.)

In der nachfolgenden Podiumsdiskussion stellten Otto Kentzler, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, der NRW-Partei- und Fraktionsvorsitzende Christian Lindner MdL, Hans-Peter Wollseifer, Präsident der Kölner Handwerkskammer, Dr. Christian Welzbacher von der Universität Hannover und Jörg von Polheim, die derzeitige Situation des Handwerks in Deutschland dar. In einer informativen wie lebhaften Diskussion wurden unter Leitung des Moderators Michael Bröcker verschiedene Lösungsmöglichkeiten für die anstehenden Probleme auf ihre Realisierbarkeit hin überprüft. Lindner betonte, dass das neue rot-grüne Tarifreue- und Vergabegesetz schnellstens wieder abgeschafft werden müsse. Dafür fand er sowohl in der Gesprächsrunde wie auch im Publikum eine breite Zustimmung.

[wie]

LIBERALE ANTWORTEN



Bild: FDP-Köln

Dr. med. Guido Fischer wurde 1959 in Köln geboren. Seit 1996 lebt er wieder in Leverkusen und war dort zwölf Jahre als niedergelassener Arzt für Strahlentherapie in einer großen Radiologischen Praxis tätig. Er ist geschieden, hat vier Kinder und ist zur Zeit überwiegend Hausmann. Seit 2011 ist er Kreisvorsitzender der FDP-Leverkusen und unser Kandidat zur Bundestagswahl für den Wahlkreis Leverkusen / Köln IV.

1. Auf welche eigene Charaktereigenschaft sind Sie besonders stolz?

Gelassenheit.

2. Was mögen Sie an sich gar nicht?

Bauch.

3. Welches politische Projekt würden Sie beschleunigt wissen wollen?

Aktuell die A1 in Leverkusen mit der Rheinquerung.

4. Wem würden Sie mit welcher Begründung einen Orden verleihen?

Philipp Rösler, weil er sich nicht durch sein Amt verbiegen lässt und Mensch bleibt.

5. Welche Persönlichkeit in der Geschichte bewundern Sie?

Frederik Willem de Klerk und Nelson Mandela.

6. Welches Buch würden Sie auf eine einsame Insel mitnehmen?

Robinson Crusoe.

7. Welches Lied singen Sie gern unter der Dusche?

Da singe ich nur in Gedanken. Aber bei der Art von Musik habe ich drei Schwerpunkte: Oldies wie z. B. Beach Boys, Kölsche Musik recht textsicher, ohne Beispiel da in Köln weltweit bekannt und Alpenrock, so wie z. B. Spider Murphy Gang oder Hubert von Goisern.

8. Wie und wo würden Sie gerne mal Ihren Urlaub verbringen?

Drei Monate Australien.

9. Welches Kulturereignis haben Sie in der letzten Zeit besucht?

Die Ausstellung über die Irokesen in Bonn.

10. Wo hätten Sie gern Ihren zweiten Wohnsitz?

In meinem Lieblingsferienort Biarritz.

11. Was verbindet Sie mit Köln?

Ich bin in Köln geboren und auch in der Ferne als Rheinländer aufgewachsen.

12. Was können Sie besonders gut kochen?

Gulasch in verschiedenen Varianten.

13. Was ist Ihr Lebensmotto?

Selbst anständig bleiben, allen anderen gegenüber tolerant sein.

14. Was steht auf Ihrem Wunschzettel?

Ein paar Kilo weniger.

Die Köln Konferenz Ergebnisse und ein Ausblick



Bild: Stephan Wieneitsch

Präsentation der Ergebnisse der Mitgliederbefragung im Rotonda Business Club

Der kommende Bundestagswahlkampf steht bevor und die Vorbereitungen für die Kommunalwahlen in Köln 2014 laufen an. Dabei sollte das gemeinsame Ziel eine Schärfung des Profils und eine Abgrenzung zu unseren politischen Wettbewerbern sein. Kreisvorstand und die Fraktion im Rat der Stadt Köln identifizierten dafür vier Themenbereiche, die uns alle betreffen: Köln soll eine Stadt der Freiheit sein, Köln soll wachsen, Köln soll die sicherste Großstadt für Leben und Eigentum werden, Köln soll mobiler werden.

Alle Mitglieder waren aufgerufen, mitzumachen und diese Themenbereiche mit Informationen zu unterfüttern. Dazu wurden drei Fragebögen entwickelt und die Ergebnisse auf der Köln Konferenz diskutiert. In diesem Artikel sollen ausgewählte Ergebnisse der Köln Konferenz dargestellt und ein Ausblick auf die künftig geplanten Schritte gegeben werden.

Köln soll wachsen

Köln wächst. An eine wachsende Stadt stellen sich besondere Herausforderungen. Deshalb fragten wir nach einer Einschätzung des Bildungsangebotes und stellten Fragen zu aktuellen Wirtschaftsdiskussionen.

Während 58% der Befragten mit dem Bildungsangebot in Köln zufrieden sind, sehen die 42% nicht zufriedenen die größten Probleme in einem unzureichenden Angebot bei Gymnasialplätzen und dem unzureichenden Angebot in der Kinderbetreuung. 52% beurteilen dabei die Betreuungssituation als unbefriedi-

gend, 39% als ausreichend und nur 9% als gut. Ein besonders großes Problem ist die lange Wartezeit: 46% mussten mehr als sechs Monate, 23% bis zu sechs Monate auf einen Betreuungsplatz warten. Nur 8% mussten einige Wochen warten und 23% hatten gar keine Wartezeit.

Wir fragten nach Einschätzungen zu den Nachtflugg Diskussionen. Die Mehrheit sprach sich für passgerechte Lösungen, wie z. B. der Einführung von Kernruhezeiten bei Passagierflügen und eine finanzielle Bevorzugung von leiseren Frachtmaschinen, aus. Eine deutliche Mehrheit sagt, dass der Fracht- und Personenflugverkehr Arbeitsplätze in Köln sichern und lehnen auch deshalb die Einführung eines generellen Nachtflugverbots ab.

Köln soll die sicherste Großstadt für Leben und Eigentum werden

In den Workshops wurde der Unterschied zwischen subjektivem Sicherheitsempfinden und Statistiken dis-

kutiert. Die Umfrage zeigt, dass knapp die Hälfte sich in ihrem näheren Wohnumfeld sicher fühlen. Die andere Hälfte fühlt sich unsicher. Daher wurde im Workshop auch besprochen, wie das Sicherheitsempfinden verbessert werden kann. Dabei wurde besonders eine größere Präsenz von Sicherheitskräften besprochen, wobei je nach Stadtteil unterschiedliche Anforderungen gestellt werden müssen. Ein bedrückendes Ergebnis der Umfrage ist, dass die Mehrheit selbst betroffen ist oder Personen in ihrem näheren Umfeld kennt, welche von Wohnungseinbrüchen, Autodiebstahl oder Vandalismus betroffen waren. Die Konsequenz muss daher die Konzentration in der Politik auf Lösungsansätze zu diesen Eigentumsdelikten sein.

Köln soll mobiler werden

Die Millionenstadt Köln ist darauf angewiesen, dass seine Bürgerinnen und Bürger mobil sein können. Für Köln ist es deshalb bedenklich, dass Köln von Staus geprägt ist. Dieser Ansicht sind 88% unserer Mitglieder. In den Workshops wurden die Ursachen für diese Situation diskutiert. Als ein Verkehrsknotenpunkt im europäischen Fernstraßen- und Eisenbahnfernnetz ist Köln besonders vom Ausweichverkehr betroffen. Ebenfalls ist die Kölner Verkehrsinfrastruktur in keinem guten Zustand. So wurde in der Mehrzahl der

Antworten der Zustand der Straßen in den einzelnen Stadtteilen als mitelmäßig bzw. schlecht eingeschätzt. Wenn die dadurch notwendigen Baustellen schlecht aufeinander abgestimmt werden und bei Großereignissen ganze Hauptverkehrswege gesperrt werden, führt dies zu einer weiteren Verschärfung der Situation.

In den Workshops wurden Lösungsmöglichkeiten diskutiert und z. B. eine Ausweitung der „grünen Welle“, eine Verbesserung von Park & Ride, Ampelabschaltungen und ein verbessertes Baustellenmanagement empfohlen.

Köln soll eine Stadt der Freiheit werden

Die Fragebögen und die Köln Konferenz waren ein erster Schritt, alle Mitglieder in die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie für den kommenden Kommunalwahlkampf einzubinden.

Die Ergebnisse, welche auf der Köln Konferenz und in diesem Artikel dargestellt wurden, zeigen nur einen Ausschnitt der gewonnen Rückmeldungen. Alle Rückmeldungen werden in einer aufzubauenden Datenbank, welche nach den oben genannten Themen sor-

tiert sind, für alle Mandatsträgerinnen und Mandatsträger für deren politische Arbeit zugänglich sein.

Drei Fragebögen wurden versendet, ein Thema wurde darin noch nicht angesprochen: Köln soll eine Stadt der Freiheit sein. Dies werden wir gemeinsam in einer gesonderten Veranstaltung diskutieren.

 **Andreas Feld**

Pressesprecher der Kölner FDP

und Mitglied in der Arbeitsgruppe Strategieentwicklung der Kölner FDP und der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln

Aktuelles vom Wahlteam

Bundestagswahl 2013

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik hat eine Bundesregierung am Ende ihrer Legislaturperiode weniger Ausgaben gemacht als am Anfang. Das gibt es nur mit uns: der FDP! Oder glauben Sie ernsthaft, diese Haushaltsdisziplin hätte es bei Rot-Grün, Schwarz-Grün oder bei einer Großen Koalition gegeben? Durch und nur durch die Regierungsbeteiligung der FDP wurde weder die Einkommenssteuer noch die Umsatzsteuer erhöht. Was bei Rot-Grün oder bei einer Großen Koalition die Bürgerinnen und Bürger erwarten dürfen, steht jetzt schon fest: massive Steuererhöhungen! Die Deutschen werden ohne die FDP in Regierungsverantwortung weniger in ihrem Geldbeutel haben. Das haben SPD und Grüne schon offenherzig zugegeben. Die Fakten liegen auf dem Tisch. Nun heißt es den Wählerinnen und Wähler deutlich zu machen, welchen Preis sie zu zahlen haben, wenn sie nicht der FDP ihre Stimme bei der Bundestagswahl geben.

Wir Liberale in Regierungsverantwortung müssen uns bei einem Leistungsvergleich in Europa wahrlich nicht verstecken. Welche Regierung in Europa kann nur annähernd in puncto niedrige Arbeitslosigkeit, gerade auch bei jungen Menschen, Preisstabilität, Wirtschaftswachstum und einem ausgeglichenen Bundeshaushalt mit der deutschen Erfolgsbilanz mithalten? Das gibt es nur mit uns: der FDP!

Selbstbewusst hat darum auch das Kölner Wahlteam zur Bundestagswahl seine Arbeit aufgenommen. Zusammen mit unseren vier Bundestagskandidaten Hans-Hermann Stein, Stefanie Ruffen, Volker Görzel und Dr. Guido Fischer wollen wir ein gutes Ergebnis in Köln für die FDP einfahren. Die vier Kandidaten sind schon längst im Wahlkampfmodus und haben dabei schon viele Podiumsdiskussionen, insbesondere in Schulen, hinter sich. Die heiße Wahlkampfphase beginnt jedoch mitten in den Schulferien. Das erfordert besondere Anstrengungen. Am 9. August ab 15.00 Uhr ist Startschuss in Köln zum Aufstellen der

Plakate. Dann werden drei Teams mit Kastenwagen versuchen, innerhalb einer Woche die besten Plakatstandorte mit den FDP-Botschaften zu behängen. Wir Kölner Liberale machen Wahlkampf auf Augenhöhe, darum sind über 3.500 Plakate geordert, um unsere Botschaften unübersehbar zu machen. Zusätzlich werden 33 Großflächen ins Straßensland gesetzt. Dies ist weniger als bei der Landtagswahl. Wer aber mit einer Spende helfen will, weitere Großflächen in Köln zu positionieren, kann sich gern an uns wenden. Ab dem 24. August werden wir dann wieder unseren Infotainer am Neumarkt bespielen. In der Planung ist dazu eine große Eröffnungsshow mit FDP-Prominenz. Sie sind herzlich bei unserem Infotainer zum Mitmachen eingeladen. Ein Mitmachbogen zu allen vorgesehenen Wahlkampfaktionen geht noch an Sie raus. Vormerken sollten Sie sich schon mal den 16. September. An diesem Abend findet unsere große Wahlkampfveranstaltung mit Außenminister Dr. Guido Westerwelle in der Wolkenburg statt. Durch die sehr guten Erfahrungen bei der Landtags-

wahl werden wir auch wieder liberale Briefträger in den Kölner Straßenzügen ausschwärmen lassen. Sie werden überall dort, wobei es den letzten Wahlen besonders viele FDP-Stimmen gab, mit einem persönlichen Wahlbrief unserer Kandidaten für die FDP werben. Wichtig wird auch die Präsenz an den FDP-Wahlkampfständen der Stadtbezirksverbände sein, die diese in eigener Regie organisieren. Bitte helfen Sie dort mit! Der Mitmachbogen wird Ihnen dafür Ansprechpartnerinnen bzw. -partner nennen.

Wenn Sie nicht allein dem Ergebnis am Bundestagswahlabend entgegenfeiern wollen, kommen Sie doch, gern mit Familie und Freunden, zur Wahlparty der FDP-Fraktion ins Rathaus. Ab 17.30 Uhr treffen wir Kölner Liberale uns im Theodor-Heuss-Saal im Spanischen Bau des Rathauses. Sie sind herzlich willkommen. Aber bis dahin liegt noch viel Arbeit vor uns. Neben Verena Will als Kreisgeschäftsführerin unterstützt uns als Wahlkampfmitarbeiter Christian Nüsser. Beide freuen sich auf Ihre Anregungen, Hinweise, wo z. B. ein Plakat beschädigt ist, aber auch konstruktive Kritik. Wir sind lernfähig. Wichtig ist nun, dass WIR alle gemeinsam immer wieder deutlich machen, nur mit der FDP geht es Deutschland weiterhin gut. Dafür lohnt es sich, Wahlkampf zu machen!

 **Ulrich Breite, Andreas Feld und Gerd Kaspar**

Wahlkampf-Trifolium der Kölner FDP

„Es waren vier gute Jahre für Deutschland!“



Im Gespräch mit Rainer Brüderle

Rainer Brüderle wurde 1945 in Landau in der Pfalz geboren. Nach seinem Abitur studierte er von 1966 bis 1971 in Mainz Volkswirtschaftslehre, Publizistik, Rechts- und Politikwissenschaften. Anschließend war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität tätig, bevor er verschiedene Positionen bei der Stadt Mainz bekleidete. Seit 1973 ist er Mitglied der FDP. Von 1983 bis 2011 war er Vorsitzender des Landesverbandes Rheinland Pfalz. 1998 wurde er in den Deutschen Bundestag gewählt. Hier übernahm er den stellvertretenden Vorsitz der Bundestagsfraktion. Im Oktober 2009 wurde er zum Wirtschaftsminister ernannt. Dieses Amt gab er im Mai 2011 an Philipp Rösler ab. Als Fraktionsvorsitzender wurde er im März auf dem Bundesparteitag zum Spitzenkandidat für die kommende Bundestagswahl gekürt.

Herr Brüderle, wir sind diesmal mit Ihnen und Philipp Rösler als Doppelspitze in den Bundestagswahlkampf gestartet. Sie sind der liberale „Mittelstürmer“ im Wahlkampf. Wie sind Ihre bisherigen Eindrücke vom „Spiel“?

Wir befinden uns ja, um in der Fußballsprache zu bleiben, gerade mal in den ersten fünf Minuten des Spiels. Entscheidend sind die nächsten Monate und vor allem Wochen vor dem Abpfiff, also vor der Wahl am 22. September. Die FDP hat frühzeitig die personellen und inhaltlichen Weichen gestellt. Wir haben mit Philipp Rösler und mir zwei Personen im Wahlkampf an die Spitze eines Teams für die Bundestagswahl gestellt, zu dem natürlich auch die Minister, das Präsidium, die Bundestagsabgeordneten, Kandidaten und letztendlich alle FDP-Mitglieder gehören.

Dazu gehört auch immer ein Programm, das Antworten auf die drängenden Fragen der Bürgerinnen und Bürger gibt. Das tut unser Bürgerpro-

gramm. Es zeigt, wofür wir Liberale stehen und was wir in der kommenden Legislaturperiode umsetzen wollen. Aber natürlich werden die Menschen auch die Leistung der FDP in der Koalition beurteilen. Die Bundestagsfraktion hat ausführlich Bilanz gezogen. Wir können selbstbewusst sagen: Es waren vier gute Jahre für Deutschland! Und ich werde alles dafür tun, dass es weitere vier gute Jahre für Deutschland mit einer starken FDP im Bundestag und der Bundesregierung werden.

Als unser Spitzenkandidat können Sie es bestimmt gut beurteilen: Wie kann die FDP gerade bei den eher bürgerlichen Wählerinnen und Wählern punkten?

Indem wir uns auf unsere Kernkompetenzen konzentrieren. Wir Liberale können Wirtschaft, Finanzen, Bürgerrechte und Bildung besser als die anderen. Nur die FDP sorgt für ausgeglichene Haushalte, wir lehnen Steuererhöhungen ab und wollen eine maßvolle Entlastung der Mittelschicht in Deutschland.

Nur die FDP steht für eine vernünftige Wirtschaftspolitik und setzt wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die Wachstum möglich machen. Experimente, die Arbeitsplätze und unseren Wohlstand gefährden, wie Eurobonds, einheitliche gesetzliche Mindestlöhne, überzogene Quotenregelungen und maßlose Subventionen für alles und jeden, lehnen wir ab. Keine andere Partei steht wie die FDP für die Freiheit der Bürger ein und wendet sich gegen eine anlasslose Überwachung wie beispielsweise durch die Vorratsdatenspeicherung. Und wir waren es, die dafür gesorgt haben, dass in den letzten vier Jahren 13 Mrd. Euro zusätzlich in Bildung und Forschung investiert wurden. Das ist ein ansprechendes Programm, mit dem wir im Wahlkampf punkten werden.

Wie beurteilen Sie die neue Protestpartei „Alternative für Deutschland“?

Ich nehme die Sorgen der Menschen um unsere Währung sehr ernst. Es reicht aber nicht, sich „Alternative“ zu nennen,

wenn man keine Antworten bietet. Der Weg zurück zur D-Mark wäre teuer und fatal für Deutschland. Die FDP kämpft deshalb für einen stabilen Euro. Deshalb sind wir für die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank. Deshalb haben wir klare Spielregeln für die Euroländer festgelegt. Und deshalb wollen wir die Schuldenbremse für ganz Europa.

Im letzten Bundestagswahlkampf haben die Liberalen einen Schwerpunkt auf das Thema Steuersenkung gelegt. Die Umsetzung hat nach Meinung vieler Wählerinnen und Wähler nicht so gut funktioniert. Jetzt kämpfen wir gegen die massiven Steuererhöhungspläne von Rot-Grün, obwohl manche glauben, ein Großteil der Deutschen stimme solchen Erhöhungen zu. Ist das nicht riskant?

Zuerst einmal müssen wir immer wieder betonen: wir haben die Menschen um rund 22 Milliarden Euro entlastet. Denken Sie an die höheren Kinderfreibeträge, die Senkung des Rentenversicherungsbeitrags oder die Abschaffung der Praxisgebühr. Unsere Bilanz kann sich sehen lassen. Aber es ist richtig, dass wir uns eine Steuerreform vorgenommen hatten, die mit der Union und auch wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht wie geplant umsetzbar war. Dennoch halte ich es für richtig, die Steuererhöhungspläne der Opposition scharf zu kritisieren.

Wir haben Steuereinnahmen auf Rekordniveau: insgesamt 617 Milliarden Euro. So viel wie noch nie in Deutschland. Und außerdem haben wir einen ausgeglichenen Haushalt. Da muss man erst einmal auf die Idee kommen, dort noch einmal Steuererhöhungen für Millionen Bürger draufpacken zu wollen. Die Opposition hat einen Wettbewerb nach dem Motto „Wer bietet mehr Abzockerei?“ ausgerufen und die Grünen haben dabei sogar noch die SPD mit ihrer Forderung nach über 40 Milliarden Euro zusätzlichen Steuern übertroffen. Und genau das ist der Frontal-Angriff auf die Mitte der Gesellschaft. Die FDP ist das Gegenprogramm dazu.

Apropos Steuer: Was halten Sie von dem Ankauf der sogenannten „Steuer-CDs“ aus der Schweiz?

Der Ankauf der Steuer-CDs mag rechtlich in Ordnung sein, ich halte ihn jedoch nach wie vor für problematisch. Der Staat kauft eine CD mit geklauten

Daten und unterstützt damit Straftaten in anderen Ländern. Außerdem regiert damit der Genosse Zufall. Steuereinnahmen von Schwarzgeldkonten gibt es nur, wenn eine Daten-CD angeboten wird. Mir wäre es viel lieber, wir hätten wirksame Steuerabkommen, wie wir es mit der Schweiz bereits verhandelt hatten, aber von SPD und Grünen blockiert wurde. Dann würden jetzt alle Kontenbesitzer in der Schweiz dem deutschen Fiskus gemeldet und wir hätten Einnahmen von rund 10 Milliarden Euro. Das wäre eine sauberere Lösung.

Die Sorge um den Euro und damit auch um die eigene Zukunft – Stichwort Ersparnisse und Altersvorsorge – treibt viele Wählerinnen und Wähler um. Welche Perspektive haben Sie für Europa?

Unser Schicksal war und ist Europa. Wir sind in der Welt von großen aufstrebenden Ländern wie China, Brasilien oder Indien umgeben, die in Zukunft zu globalen Playern werden. Ein isoliertes Deutschland wird in dieser zukünftigen Weltordnung rapide an Einfluss verlieren. Auch deshalb brauchen wir Europa. Es ist nicht nur das größte und erfolgreichste Friedensprojekt der Welt, sondern auch der Garant für unseren Wohlstand. Daher brauchen wir ein stabiles Europa. Wir müssen dafür sorgen, dass die Wirtschaftskraft der europäischen Länder gestärkt wird.

Das funktioniert aber nicht, indem wir Deutschland schwächen. Daher hat diese Bundesregierung auch so sehr darauf bestanden, dass es für die Krisenländer Hilfen nur gegen Gegenleistungen gibt. Eurobonds, Altschuldentilgungsfonds und eine Vergemeinschaftung von Schulden lehnen wir ab, weil sie genau das wären, was Sie angesprochen haben, eine Gefährdung unserer Ersparnisse, unserer Altersvorsorge, kurz: unseres Wohlstands. Wir wollen den Weg der europäischen Integration weiter gehen. Dazu gehört auch mehr Zusammenarbeit in der Wirtschafts-, Finanz- und Innenpolitik. Nur so lässt sich das verlorene Vertrauen in Europa zurück gewinnen und nur so schützen wir unseren Wohlstand.

Von Brüssel nach Köln: Die Steuereinnahmen des Staates sind auf Rekordniveau. Trotzdem fehlt es in den Kommunen an fast allen Ecken und Enden. Gerade hier im rot-grün regierten Köln spüren das die Bürgerinnen und Bürger tagtäglich. Was kann man auf kommunaler Ebene verbessern?

Die Situation in den Kommunen besorgt auch mich. Richtig ärgerlich werde ich jedoch, wenn – wie in den letzten Tagen geschehen – der nordrhein-westfälische Innenminister den Bund aufruft, er solle mehr bezahlen. Das kann nicht die Lösung für die Probleme der Kommunen in NRW sein. Die schwarzgelbe Koalition im Bund hat die größte Entlastung für die Kommunen in der Geschichte der Bundesrepublik durchgesetzt. Mit der Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entlasten wir die Kommunen allein in den Jahren 2012 bis 2016 um insgesamt fast 20 Milliarden Euro. Bis 2014 fördern wir den Ausbau und Betrieb der Kindertagesbetreuung mit insgesamt 5,4 Milliarden Euro und ab 2015 dauerhaft mit 845 Millionen Euro jährlich.

Damit trägt der Bund einen beachtlichen Teil der gesamtgesellschaftlichen Aufgaben und trägt nachhaltig zur Stabilisierung der kommunalen Finanzen bei. Grundsätzlich sind die Kommunen Körperschaften der Länder und gerade die Länder stehen hier in der Verantwortung. Eine umfassende Strukturreform der Kommunal Finanzen inklusive des kommunalen Finanzausgleichs und des Länderfinanzausgleichs ist notwendig, um strukturell nachhaltige Verbesserungen zu erreichen.

Als Mainzer sind Sie ja – aus kölscher Sicht – im weitesten Sinne auch ein Rheinländer. Wie ist Ihr persönlicher Blick auf Köln?

[lacht] Nicht nur der Rhein, sondern auch die gemeinsame Feierkultur verbindet Mainz und Köln: bei uns die Fasnacht, hier der Karneval. Auch deshalb hatte ich immer viele Sympathien für Kölle. Mit dem wunderbaren Dom, der rheinischen Kultur, der Freundlichkeit und Offenheit der Menschen komme ich hervorragend klar. Ich fühle mich hier wohl. Und obwohl ich lieber ein Gläschen Wein trinke, ist so ein Kölsch ab und an gerade im Sommer einfach herrlich erfrischend. Und wenn der 1. FC Köln dann in der nächsten Saison aufsteigt, dann freue ich mich auch wieder über ein Erstligaspiel zwischen dem FSV Mainz 05 und den Kölnern.

Herr Brüderle, ganz herzlichen Dank für das Gespräch.

[Das Interview führte Stephan Wieneritsch.]

AUSBLICK

Mit einem klaren Kompass zieht die FDP in den Bundestagswahlkampf: „Die Freiheit des Einzelnen ist Grund und Grenze liberaler Politik. Deshalb schaffen wir Liberale die Voraussetzungen dafür, dass sich jeder Mensch in unserem Land frei entfalten, Hindernisse überwinden und nach seinen Vorstellungen glücklich werden kann. Wir wollen das Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft erfüllen: Dass jeder Mensch in unserem Land aus eigener Kraft den Aufstieg schaffen kann.“ So beginnt das in Nürnberg beschlossene Bürgerprogramm 2013.



Bild: FDP-Köln

Während Europa eine schwere Finanz- und Wirtschaftskrise erlebt, haben wir in Deutschland in den vergangenen Jahren eine Erfolgsgeschichte geschrieben: So viele Menschen in Arbeit wie noch nie zuvor in der Geschichte, die besten Beschäftigungschancen für junge Menschen in ganz Europa, ein solider Staatshaushalt, steigende Löhne und steigende Renten. Die Steuereinnahmen sind – ohne Steuererhöhungen – auf Rekordniveau und sorgen mit Ausgabendisziplin dafür, dass wir unser Ziel „ausgeglichener Staatshaushalt“ auf Bundesebene erreichen. Zugleich konnten wir die Steuer- und Beitragszahler um 22 Milliarden Euro entlasten, z. B. durch höhere Steuerfreibeträge, eine Senkung des Rentenbeitragssatzes und die Abschaffung der Praxisgebühr. Hieran wollen wir auch in den kommenden vier Jahren anknüpfen. Wir wollen die Bürger und Unternehmen weiter entlasten und streben nach wie vor ein einfacheres, gerechteres Steuersystem mit niedrigeren Sätzen und geringeren Ausnahmen an. Zudem wollen wir den Solidaritätszuschlag, der im Jahr 2019 ausläuft, in den kommenden vier Jahren schrittweise zurückführen.

Unser Bürgerprogramm könnte in keinem schärferen Kontrast zu den rot-grünen 40 Milliarden Euro teuren Belastungsorgien stehen. Auf dem rot-

grünen Spielplan stehen die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 49%, was allein in der Metall- und Elektroindustrie 400.000 Facharbeiter und deren Familien trübe; und die Einführung einer Vermögensabgabe und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, wovon 95% der Unternehmen in Deutschland, vor allem der Mittelstand, betroffen wären. Hinzu kommen die Ausweitung der Gewerbesteuer und die Anhebung der Körperschaftssteuer und die Ausweitung der Ökosteuern. Hinzu kommt aktuell eine neue CO₂-Trittin-Steuer. SPD und Grüne planen damit einen Raubzug durch die Mitte unserer Gesellschaft, eine Umverteilung vom privaten in das staatliche Portemonnaie, um nach eigenem Gutdünken neue Wohltaten zu finanzieren.

Wohin es führt, wenn die Steuern erhöht werden und der Staat zu stark in die private Wirtschaft eingreift, kann man in einigen unserer europäischen Partnerstaaten sehen – hohe Arbeitslosigkeit, hohe Schulden, wenig Wachstum. Besonders deutlich und tagtäglich erleben wir es auch in Nordrhein-Westfalen. Der Finanzminister verfügt über so viel Geld wie nie – für das Jahr 2016 kalkuliert die Landesregierung mit über 50 Milliarden Euro Steuereinnahmen; das sind über 30 Prozent mehr als im Jahr 2010. Die Steuer-

einnahmen der vergangenen Jahre werden aber nicht genutzt, um den gigantischen Schuldenberg des Landes abzutragen. Stattdessen wurden und werden kostspielige Wahlversprechen erfüllt wie die Abschaffung der Studiengebühren und 2.000 zusätzliche Personalstellen in der Landesverwaltung. Mit der Blockade der NRW-Landesregierung im Bundesrat gegen die Abmilderung der so genannten „kalten Progression“ haben SPD und Grüne faktisch schon eine erste Steuererhöhung durchgesetzt. Lohnsteigerungen werden schon bei Normalverdienern durch Inflation und einen höheren Steuersatz aufgeessen, während der Fiskus von jeder Lohnerhöhung profitiert. Zu dieser arbeitnehmerfeindlichen Haltung von Rot-Grün passt, dass die Landesregierung die „starken Schultern“, die mehr tragen sollen, mit „A13“ oder etwas mehr als 3.234,59 Euro im Monat definiert. Das ist keine Leistungsgerechtigkeit, sondern eine bürgerferne Dreistigkeit!

Die Union setzt den rot-grünen Belastungsphantasien den Kanzlerinnenbonus und ein unfinanziertes Füllhorn von neuen Wohltaten entgegen, als wolle sie unter Beweis stellen, wie weit sie sich „sozialdemokratisiert“ habe. Wie wenig bei ihr von modernem Gestaltungswillen zu spüren ist, haben wir exemplarisch erneut bei der steuerrechtlichen Gleichstellung eingetragener Lebenspartner erleben müssen. Statt gemeinsam mit uns Liberalen zu gestalten, mussten die Konservativen von den obersten Verfassungsrichtern getrieben werden. Aber am Ende zählt: die Gleichstellung kommt!

Wir Liberale verteidigen und stärken die Soziale Marktwirtschaft gegen alle anderen, die auf den Staat setzen, anstatt den Menschen zu vertrauen. Das ist die entscheidende Auseinandersetzung der kommenden Jahre. Nur die FDP in Regierungsverantwortung garantiert, dass es nach der Bundestagswahl keine neuen Schulden und keine Steuererhöhungen geben wird. Wir setzen auf Leistungsgerechtigkeit statt Belastungsorgien. Damit am Ende des Monats etwas mehr Zeit und Geld bleibt – für die Familie, das eigene Zuhause, die eigene Vorsorge und die eigenen Träume.

 **Hans H. Stein**

Kreisvorsitzender und Spitzenkandidat
für die Bundestagswahl der FDP-Köln

Hat Ihnen die FDP schon einmal Danke gesagt?

Was ist eigentlich Fundraising?

Es war einmal ... eine Story, Spendenwerbung, Dankesbriefe, Fotos und Sponsoring, aber was ist das eigentlich alles und was hat das mit der FDP zu tun? Wir machen doch jetzt Wahlkampf und keine Geschichten, oder?

Aber fangen wir mal von vorne an. Was bedeutet Fundraising? Der Begriff kommt aus dem Englischen und müsste ins Deutsche mit „Geldbeschaffung“ oder „Spendensammlung“ übersetzt werden. Ursprünglich (to) fund and (to) raise, also „mit Geldmitteln versehen“ und „erhöhen“ und „steigern“.

Für den Sozialwissenschaftler Prof. Michael Urselmann ist Fundraising mehr die Mittel- und Ressourcenbeschaffung, um Zwecke und den Sinn einer Organisation oder Stiftung zu erfüllen. Für mich persönlich ist Fundraising klassisches Beziehungsmanagement.

Fundraising hat für mich zu tun mit Fun, also dem Spass für eine Sache und für den Sinn einzustehen, und sich einzusetzen. (to) Raise übersetze ich mit „Was du in anderen entzünden willst, muss in dir selbst brennen.“

Eine gute Story wirkt immer, oder? Sie kennen bestimmt auch die Briefe, die vor allem zur Weihnachtszeit an potentielle Spender und Unterstützer versendet werden? Sie werden sie kennen, aber sie werden Ihnen nicht spontan einfallen. Das ist einer der Kniffe der Fundraiser, um nicht zu aufdringlich zu wirken. Die Organisation präsentiert eine Story, vorwiegend mit Kinder, denn Kinder und Tiere gehen im Fundraising immer, um die Aufmerksamkeit für eine Überweisung und oder Unterstützung für ein Projekt zu sichern.

Die Arbeit der Fundraiser gibt es schon sehr lange, als Beispiel sei angeführt die Gründung der Welthungerhilfe im Jahre 1962. Vielleicht nannten sich die Mitarbeiter der Welthungerhilfe im Jahre 1962 noch nicht Fundraiser, aber sie waren zuständig für Pflege der Beziehungen zu Spendern und Unterstützern, auch für spezielle Aktionen und Veranstaltungen, wie beispielsweise das „Fundraising Dinner“.

Am 22. September 2013 wählen wir in Deutschland einen neuen Bundestag. Im kommenden Frühjahr 2014 wählen wir das Europaparlament und die Kommunalparlamente neu. Wie würden Sie gerne für Spenden und Unterstützung für die anstehenden Wahlkämpfe angesprochen werden? Ein Mailing mit Spendenaufwurf und dem Inhalt, dass politische Arbeit wichtig ist? Oder wollen Sie lieber in einem persönlichen Gespräch um eine größere Summe für ein persönliches Ziel angesprochen werden?

Als Kreispartei haben wir keine Möglichkeit, öffentliche Fördermittel für Wahlkämpfe einzusetzen oder einzuwerben. Spenden und Zuwendungen von Privatpersonen und Unternehmen sind für die politische Arbeit, gerade in Wahlkampfzeiten unersetzlich.

Als Beispiel sei hier angeführt, dass der Druck eines Plakates alleine schon mit etwa 4,30 € zu Buche schlägt. An einem



Bild: Fotolia

Standort hängen immer zwei Plakate, macht 8,60 €. Mit den Kosten für Grafik, Fotoshooting und Kabelbindern kommt etwa ein Preis von 10 € für eine Laterne zustande. Mit einer 130 €-Spende ließe sich ein Transporter betanken, um im Stadtgebiet zu plakätieren. Eine sehr grosse Hilfe sind die Menschen unter Ihnen, die 500 € für einen sogenannten „Wesselmann“ spenden. Diese Großflächenplakate an den Ausfallstraßen sind eine besonders gute Werbeinheit im Wahlkampf.

Dies ist ein kleiner Einblick in das Fundraising. Lassen Sie uns zusammen ins Gespräch kommen. Wir helfen einander für unsere gemeinsame Sache.

Die Kreisgeschäftsstelle weist seit kurzem in der Signatur ihrer E-Mails auf unser Spendenkonto hin. Es lautet:
Konto-Nr. : 44 42 158
BLZ: 370 501 98
Sparkasse KölnBonn

In Kürze wird es auf unserer Webseite eine Möglichkeit für Onlinespenden geben. Probieren Sie es doch gleich mal aus. Ein Danke wird schnell bei Ihnen sein. Wenn Sie Rückfragen oder Wünsche haben, so nehmen Sie doch bitte Kontakt mit mir oder direkt mit unserem Schatzmeister, Markus Pillok, auf.

 **Dennis Fröhlen**
Mitglied des Kreisvorstands und Fundraising-Experte

1963-2013



50 Jahre 周年 Köln 年 Kyoto

Kyoto ist nicht nur Symbol für Klimaschutz, sondern auch eine der 24 Partnerstädte von Köln, die erste außerhalb Europas und mit 1,5 Mio. Einwohnern auch eine von sechs Partnerstädten, die größer sind als Köln. Umgekehrt ist Köln eine von 11 Partnerstädten Kyotos neben Paris, Prag, Boston und z. B. auch Konya in der Türkei.

Kyoto ist seit 1997 weltweit ein Symbol für den Klimaschutz, der global und marktwirtschaftlich ist. Die FDP hatte den Emissionshandel in Würzburg 1985 als Kern der „ökologischen Marktwirtschaft“ in die Werkzeugkiste der schwarz-gelben Delegation um Umweltministerin Merkel gepackt, als in Kyoto der erste und bis heute einzige und wirksame Vertrag zum Weltmarktfähigen Klimaschutz verhandelt wurde.

Die Partnerschaft Köln-Kyoto ist 50 Jahre alt. 1963 hatten Japan und Deutschland beide gemeinsam 18 Jahre zuvor den Weltkrieg verloren und waren mitten im Wirtschaftswunder. Kyoto war unzerstört geblieben, Köln so gut wie wieder aufgebaut. Vorsitzender der deutsch-japanischen Gesellschaft in Köln war damals Erich Gutenberg, Professor für allgemeine Betriebswirtschaftslehre an der Universität zu Köln, der auch viele japanische Studenten hatte. Mangels Goethe-Institut lernten die japanischen Studenten vor 50 Jahren Deutsch in den Kneipen in Nippes, in denen sie Kost und Logis hatten. Kazuo Mizoguchi, einer dieser ehemaligen Studenten und dann selbst angesehenen Professor an der Universität von Kobe (70 km von Kyoto entfernt am Meer), hatte noch 1983 in seinem Deutsch einen stärkeren kölschen Zungenschlag als alle aktuellen FDP-Ratsmitglieder.

Auch heute spielen die Universitäten eine wichtige Rolle. Wie in Köln sind 8% der Bevölkerung in Kyoto Studentinnen und Studenten. Die Partnerschaft der Universitäten soll dieses Jahr durch neue Verträge enger gezogen werden. Universität und FH reisten dazu mit

dem OB nach Japan. Bisher sind zwei Universitäten in Tokio die offiziellen Partner der Universität zu Köln in Japan, es gibt aber auch Kooperationen mit zwei Hochschulen in Kyoto. Die FH hat auf ihrer Website fünf Partnerschaften mit japanischen Universitäten, davon keine in unserer Partnerstadt.

Die Wirtschaft ist nicht das Thema in 2013. Da hat auch Düsseldorf – ohne japanische Partnerstadt – Köln den Rang in den deutsch-japanischen Beziehungen abgelaufen. Das ist schade. Heute kann die Wirtschaft hier wie dort Stimulation durch „Networking“ gebrauchen. Hier wie dort ist die Industrieproduktion teilweise in Billiglohnländer verlegt worden, aber die Entwicklungszentren der Wirtschaft sind immer noch im Heimatland. China ist als Absatzmarkt wichtig, Japan ist im Bereich von High-Tech Entwicklung immer noch wichtiger. In Kyoto sind z. B. die Entwickler von Nintendo und Kyocera (auch mit dem Markennamen Sanyo

Das Gion-Fest ist immaterielles Weltkulturerbe – ob das für den Rosenmontagszug auch erreichbar wäre?



bekannt) zu Hause. Warum begleitete den Oberbürgermeister keine Delegation der Kölner Wirtschaft nach Kyoto?

Die Beziehung zu Kyoto basiert auf der Kultur. 14 historische Schreine und Tempel Kyotos sind Weltkulturerbe. In Köln fehlt nur noch der UNESCO-Stempel auf unserem romanischen Erbe, dann kommt Köln auf die gleiche Zahl. Kunst und Kultur sind die Themen 2013 wenn Kyoto in Köln zu Gast ist. Wir freuen uns auf die Ausstellung über Gartenkunst im Japanischen Kulturinstitut. Wie schön wäre es, wenn das Umfeld am Aachener Weiher zu dem Anlass fertig wäre!

Eine zweites Thema des Austausches 2013 ist die angewandte Kunst, das Keramik-Kunsthandwerk, für das die Meister aus Kyoto Japan-weit bekannt sind. Eine Ausstellung wird in der Handwerkskammer zu sehen sein. Aufgrund der Beziehungen der deutsch-japanischen Gesellschaft zur FDP-Ratsfraktion gab es für die Vorabdelegation ein Mittagessen auf Einladung des Autors und einen Empfang bei Bürgermeister Manfred Wolf. Nicht nur das Kölner Handwerk, auch das unserer Partnerstädte findet bei uns gute Partner.

Der Oberbürgermeister von Kyoto, Daisaku Kadokawa, ist ein Bildungspolitiker aus den Reihen der Liberal-Demokratischen Partei, der sich (nach Wikipedia) vor allem für den U-Bahn-Ausbau stark macht. Uns gehen die gemeinsamen Themen nicht aus. Heißen wir ihn und seine Delegation bei uns in Köln herzlich Willkommen!

 **Dr. Rolf Albach, Mdr**

Umweltpolitischer Sprecher der FDP-Ratsfraktion

Mitglied der deutsch-japanischen Gesellschaft Köln

Kreisparteitag mit Guido Westerwelle

Bilder: Stephan Wieneritsch



Außenminister Westerwelle sprach deutliche Worte

Der Kreisparteitag der Kölner FDP konnte im März prominenten Besuch im Versammlungssaal der Jugendherberge in Deutz begrüßen. Außenminister Guido Westerwelle ließ es sich nicht nehmen, die Liberalen in seiner rheinischen Heimat kämpferisch auf den bevorstehenden Bundestagswahlkampf einzustimmen. In seiner Rede bedankte er sich auch bei den vielen ehrenamtlichen Unterstützerinnen und Unterstützern, „ohne deren Engagement eine Demokratie gar nicht möglich wäre“.

Hans Hermann Stein wurde in den

anschließenden Vorstandswahlen für weitere zwei Jahre in seinem Amt als Kreisvorsitzender bestätigt. Der Kölner Spitzenkandidat zeigte sich in seiner Rede ebenfalls kämpferisch: „Wir treten den Regulierern, Abkassieren und Gleichmachern, aber auch den in den 50er und 60er Jahren verhafteten Konservativen mit Entschlossenheit entgegen.“

Im Anschluss daran wurden dann die weiteren Mitglieder des neuen Kreisvorstands gewählt (Vorstellung siehe Beitrag unten). Abschließend erfolgte eine rege Antragsberatung. [wie]



Gute Stimmung auch bei den zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Deutz



Ivana Repgen hilft bei der „Antragsbearbeitung“

Vorstellung des neuen Kölner Kreisvorstandes

Die Kölner Liberalen haben auf dem letzten Kreisparteitag turnusmäßig einen neuen Kreisvorstand gewählt. Der alte ist auch wieder der neue Vorsitzende: Hans H. Stein wurde mit deutlichem Ergebnis in seinem Amt bestätigt. Ihm stehen als Stellvertreter die ebenfalls wiedergewählte Bettina Houben und erstmalig Lorenz Deutsch zur Seite. Als Schatzmeister wurden Markus Pillok und als Schriftführer Andreas Feld in ihren Ämtern bestätigt. Als Beisitzer wurden Dr. Matthias Schulenberg, Gerd Kaspar und Dietmar Repgen erneut gewählt. Neu in der Führungsverantwortung sind Maren Friedlaender, Dennis Fröhlen, Rodion Majorski, Maria Tillessen und Marc Urmetzer. Mit den bevorstehenden Wahlkämpfen für den Bundestag im September und den Kommunal- und Europawahlen im nächsten Mai gibt es für alle ab sofort jede Menge zu tun. Viel Glück dabei!



Bild: Maurice Cox

Obere Reihe (v.l.n.r.): Ralph Sterck, Marc Urmetzer, Andreas Feld, Gerd Kaspar, Lorenz Deutsch, Markus Pillok, Dennis Fröhlen. Untere Reihe: Bettina Houben, Rodion Majorski, Maren Friedlaender, Hans H. Stein, Dietmar Repgen und Maria Tillessen. Nicht im Bild ist Dr. Matthias Schulenberg.

Bild: Dietmar Kerpgen



V.l.n.r.: Karl-Heinz Daniel, Gabriele Molitor MdB, Stefanie Ruffen, Andreas Feld und Hans H. Stein

Spargelessen mit Gabriele Molitor

Zahlreiche Freunde und Förderer der Kölner Liberalen folgten auch diesmal wieder der Einladung zum mittlerweile 10. traditionellen Spargelessen des Stadtbezirksverbands Köln-Süd/Rodenkirchen in den Kölner Ruderverein 1877. Mit einer schönen Aussicht auf den nahen Rhein und leckerem Spargel auf dem Teller diskutierten die interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer mit der diesjährigen Referentin Gabriele Molitor MdB, gesundheits- und sozialpolitische Themen. Aufgewachsen im Stadtbezirk Rodenkirchen, nutzte sie die Gelegenheit, auf einige der sozial- und

gesundheitspolitischen Erfolge der Bundesregierung hinzuweisen und zu erläutern. Die Abschaffung der Verpflichtung von Hausärzten, vor Ort wohnen zu müssen, was besonders in ländlichen Gegenden den Ärztemangel lindern soll, und die Abschaffung der Praxisgebühr waren nur zwei Beispiele, welche sie dabei besonders hervorhob. In einer angenehmen Diskussionsrunde stimmten sich die Liberalen, auch mit Unterstützung der Kölner Kandidaten Stefanie Ruffen und Hans H. Stein, auf den bevorstehenden spannenden Bundestagswahlkampf ein. [feld]

Kölner FDP begrüßt Beschluss des Bundesverfassungsgerichts



Das Bundesverfassungsgericht hat die Ungleichbehandlung von Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften als verfassungswidrig eingestuft. Rückwirkend zum 1. August 2001 können eingetragene Lebenspartnerschaften steuerlich vom Ehegattensplitting profitieren. Dazu sagt Hans H. Stein, Kreisvorsitzender der Kölner FDP und Spitzenkandidat zur Bundestagswahl 2013:

„Das war eine vorhersehbare Entscheidung, die uns Kölner Liberale auf ganzer Linie bestätigt. Es muss dem Staat egal sein, wer wen liebt. Und wenn zwei Menschen sich versprechen, auf Dauer füreinander Verantwortung zu übernehmen, dann müssen für sie, gleich welcher sexuellen Orientierung, auch die gleichen Rechte gelten. Schade, dass die Union erst dieses Urteil des Verfassungsgerichts brauchte und nicht aus eigener Überzeugung handeln konnte. Aber besser spät und mit dem Segen der obersten Richter als nie.“ Mit seinem Gesetzesbeschluss vom 12. Juni 2013 hat das Bundeskabinett damit eine langjährige Forderung der Liberalen umgesetzt. [pm]

Namenssuche für das „Riehler Plätzchen“

Eine sehr erfolgreiche Veedels-Initiative kann der Stadtbezirksverband Nippes melden: Auf Anregung von Reinhard Houben organisierte FDP-Bezirksvertreter Biber Happe eine Umfrageaktion für Riehler Bürgerinnen und Bürger, bei der Namensfindung für das (offiziell) namenlose „Riehler Plätzchen“ mitzuwirken. Mit Stimmkarten und – eine wirklich witzige Idee – leckeren „Riehler Dinkelplätzchen“ warben zahlreiche Liberale am Ostersonntag auf dem Markplatz am Riehler Gürtel. Unterstützt wurden Sie dabei u. a. auch von Zoodirektor Theo Pagel und der stellvertretenden Bezirksbürgermeisterin Susanne Eichmüller. Die Aktion war ein voller Erfolg: 333 Stimmkarten mit Namensvorschlägen wurden ausgefüllt. Neben „Riehler Plätzchen“ fand „Am Elefantenpark“ die meiste Unterstützung. Happe wird dieses Ergebnis nun als Antrag in die Bezirksvertretung



Bild: Paul Spörl

Biber Happe, Renate Domke, Volker Görzel mit Sohn Levin

Nippes einbringen. Unter allen Teilnehmern wurden abschließend dann noch drei Einkaufsgutscheine von Riehler Geschäften verlost. [wie]

IMPRESSUM

KölnLiberal ist die Zeitschrift der FDP-Köln

Chefredaktion (V.i.S.d.P.) Stephan Wieneritsch [wieneritsch@netcologne.de]

Autoren dieser Ausgabe Dr. Rolf Albach | Ulrich Breite | Andreas Feld | Dennis Fröhlen | Gerd Kaspar | Hans H. Stein | Ralph Sterck | Dr. Guido Westerwelle

FDP-Köln · Frankenwerft 35 (Stapelhaus) · 50667 Köln · T 0221 253725 · F 0221 253724 · info@fdp-koeln.de · www.fdp-koeln.de